Rülz und Reinhold aus Sachsen gehetzt. Rülz und Reinhold verpflanzen die Methoden der Großen Koalition, gegen die breiten Massen zu regieren, gegen welche Methoden die sächsischen Arbeiter rebelliert haben, auf die ganze Hindenburg-Republik. Dieselben demokratischen Minister, die mit ihren Parteifreunden gegen die Enteignung der Fürsten sind, sind für die Steigerung der Steuerlasten des arbeitenden Volkes auf 80 und 90 Prozent der 8 oder 9 Milliarden Mark, die in Deutschland jährlich an Steuern bezahlt werden.

Marx als Haupt der Justizreaktion, Reinhold als Spitze der Finanzreaktion: beide sind Reichsbannermänner, Führer im Zentrum und bei den Demokraten. Wo sich bei den Femeskandalen offenbart hat, daß Zentrum und Demokraten gegen die Interessen der werktätigen Massen stehen, das offenbart sich beim Finanzprogramm des Demokraten Reinhold. Es ist Steuer- und Finanzpolitik gegen die deutschen Werktätigen.

Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, von denen der „Vorwärts" behauptet hat, daß ihre Interessen denen der kommunistischen Arbeiter zuwiderliefen, ob der Kampf gegen den Steuerraub, wenn er durch die schwarz-rot-goldene Flagge Reinholds, statt wie bisher durch die schwarz-weiß-rote Schliebens gedeckt wird, nicht den gemeinsamen Interessen aller Werktätigen Deutschlands entspricht? Ob im Kampf für hohe Volkssteuern, im Kampf um die Besteuerung der Lohn- und Verbrauchssteuern die Interessen aller Arbeiter auseinanderlaufen? Wir fragen die Beamten und Angestellten, ob ihr Kampf gegen den drohenden Abbau nicht der Kampf aller Werktätigen ist?

Die Kommunistische Partei ist bereit, gemeinsam mit SPD. und ADGB. solche „Sparmaßnahmen" durchzusetzen, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen. Wie man die Mittel für den monarchistischen Staatsgerichtshof zum „Schutz der Republik" gestrichen hat, so streiche man den Etat Geßlers, des Regisseurs der Schwarzen Reichswehr. Es muß die entschädigungslose Enteignung der Fürsten durchgeführt werden, man streiche die Diätenpensionen, die Renten der Fürsten, die Militärpensionen für die geschlagenen monarchistischen Offiziere Wilhelms II. Dagegen müssen die Mittel zur wirksamen Hilfe für die Erwerbslosen gegeben und die drückende Lohnsteuer gestrichen werden.

Die Luther-Regierung zeigt durch ihre ersten Maßnahmen, daß sie auf Kosten der Arbeitenden, auf Kosten der hungernden Erwerbslosen den Großkapitalisten riesige Geschenke machen will. Diese Regierung lebt von der Unterstützung der SPD. Kann es die Arbeiterschaft dulden, daß diese Regierung der Reaktion, des Großkapitals auch nur einen Tag länger von der SPD. unterstützt wird?

Der Sturz Luthers, die Herbeiführung der Auflösung des Reichstags muß zur Forderung der gesamten Arbeiterschaft werden und mit solchem Nachdruck vertreten werden, daß es die SPD.-Führer nicht mehr länger wagen können, das Luther-Kabinett zu unterstützen.

Diese Unterstützung Luthers durch die SPD.-Führer hat bereits zur Folge, daß die wichtigsten Forderungen der Arbeiterklasse auch von den freien Gewerkschaften nicht mit der nötigen Energie vertreten werden. Man denke nur daran, daß nichts getan wird, um die Sabotage Luthers in der Erwerbslosenfrage zu brechen, man denke an die Haltung der freien Gewerkschaften im Eisenbahnerkonflikt, wo bei den monarchistischen Gerichten geklagt wird, anstatt daß der ADGB. durch Einsatz der ganzen Kraft den Widerstand der Reichsbahnverwaltung und den der mit ihr unter einer Decke steckenden Reichsregierung zu brechen. **Die Unterstützung Luthers bedeutet also Lähmung der freien Gewerkschaften.** Darum Schluß mit dieser Unterstützung, um so mehr als die Möglichkeit besteht, nach der Reichstagsauflösung der Reaktion eine vernichtende Wahlniederlage zu bereiten.

Weg mit Luther!

Auflösung des Reichstages!

Geschlossene rote Front gegen Kapitalisten und Luther-Regierung!

Sozialdemokratischer Dolchstoß

Fürstenknechte sabotieren den Volksentscheid

Berlin, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die über die Absichten der rechten sozialdemokratischen Führer meist sehr gut unterrichtete „Vossische Zeitung" meldet heute früh: „Im Rechtsausschuß des Reichstages bereiten, wie wir hören, die Sozialdemokraten Anträge vor, welche den Kompromißantrag über die Sondergerichte bei den Fürstenabfindungen verschärfen sollen. Wahrscheinlich werden diese Anträge schon am heutigen Freitag eingebracht werden. In der Hauptsache sollen die Anträge die Berufsrichter eleminieren und außerdem erreichen, daß auch ein abgeschlossener Prozeß wieder aufgerollt und nach den neuen Richtlinien entschieden werde.

Noch der Unterbrechung der sachlichen Aussprache beschäftigte sich der Ausschuß in stundenlangem Austausch von persönlichen Bemerkungen, bei denen ein ganzer Sumpf von Korruption und Liebedienerei enthüllt wurde. Es wurde nochmals festgestellt, daß die Abgeordneten Dr. Barth und Dr. Höltsch sowie Dr. Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung mit dem **früheren Kronprinzen und dem Rechtsvertreter des Hohenzollernhauses darüber verhandelt haben, wie man das Zustandekommen des Gesetzes zur Enteignung der Fürsten verhindern könne.** Herr Severing rächte sich jetzt durch neue Enthüllungen über den Sozialdemokraten Wolfgang Heine und durch eine künstlich aufgebaute Enthüllung über eine angebliche Korruption des sozialdemokratischen Ausschußmitgliedes Rosenfeld. Wolfgang Heine hat danach als Prozeßvertreter des Großherzogs von Mecklenburg u. a. erklärt, daß **„ein Großherzog, auch wenn er nicht regiert, andere Mittel zur Verfügung haben muß, als ein gewöhnlicher Sterblicher".** Gegenüber dem Vorwurf des Fürstenknechts Severing, der dem Sozialdemokraten Fröhlich vorgeworfen hatte, den Herzog von Altenburg erpreßt zu haben, erklärte Fröhlich als guter Sozialdemokrat und Vaterlandsfreund mit Entrüstung, daß ihm der Herzog von Altenburg schriftlich dafür gedankt hatte, daß er seine Interessen so gut vertreten hatte. Tatsächlich ist die Regelung in Altenburg die „vornehmste" gewesen, **die überhaupt in einem deutschen Land getroffen worden wäre.** Es ist schwer, darüber keine Satire zu schreiben: **Wer ist geschäftlicher für das deutsche Volk? Die ausgeriebensten Fürsten mit ihren unverschämten Ansprüchen oder die sozialdemokratischen Minister, die so vornehm die Interessen der Fürsten vertreten und noch zuletzt den Volksentscheid hintertreiben** helfen. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde gegen die Generaldebatte über die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Fürstenabfindung fortgesetzt. Nachdem der Fürstenknecht Severing versucht hatte, einige fadenscheinige Gegengründe gegen die verschiedenen Anträge der vom Genossen Neubauer aufgestellten Berechnung über die Höhe der fürstlichen Vermögen vorzubringen, die vom Genossen Neubauer sofort widerlegt wurden, ergriff der Sozialdemokrat Landsberg das Wort und gab eine höchst eigenartige Erklärung ab.

> **Es gäbe eine Möglichkeit, wie der Volksentscheid hinfällig gemacht werden könne. Diese Möglichkeit bestände in der Rückkehr zu dem ursprünglichen demokratischen Koch-Weser und Genossen, der die Regelung der Fürstenabfindung den einzelnen Ländern überlasse. Er könne für sich persönlich erklären, daß er die Notwendigkeit des Volksentscheids nicht mehr einsehen würde, wenn dieser demokratische Antrag vielleicht noch mit einigen Aenderungen angenommen würde.**

Es könne dann vielleicht noch in einzelnen Ländern ein Volksentscheid wieder notwendig werden, wenn die in dem [illegible] Land getroffene gesetzgeberische Regelung der Frage das nicht mache. **Aber für den allgemeinen Appell an das deutsche Volk bliebe kein Raum mehr, wenn der demokratische Antrag Koch-Weser Gesetz würde.**

Diese skandalösen und verräterischen Erklärungen eines Sozialdemokraten, dessen Partei sich an die Spitze der Bewegung für den Volksentscheid zu drängen versucht, **um ihn dann heimtückisch abzuwürgen, wurden von den anwesenden bürgerlichen Ausschußmitgliedern mit behaglichem Schmunzeln quittiert,** von den anwesenden Parteigenossen des Herrn Landsberg mit betretenem Stillschweigen angehört. Die **kommunistischen Genossen Neubauer und Korsch,** die sich alsbald zum Wort gemeldet hatten, **kamen infolge der Vertagung der Sitzung** heute nicht mehr zum Wort. Sie werden mit dem verräterischen Spiel des Herrn Landsberg und ebenso auch mit den falschen Berechnungen des Herrn Severing in der morgigen Sitzung gründlich abrechnen.

Massendemonstration der Erwerbslosen in Berlin

Berlin, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die bei den Berliner Bezirksarbeitsnachweisen gebildeten Erwerbslosenausschüsse hatten zu heute nachmittag die Erwerbslosen Berlins zu 39 öffentlichen Versammlungen geladen, von denen aus sich die Erwerbslosen zum Neuen Markt begaben. Etwa 10 000 Erwerbslose kamen dort zusammen, waren aber an einem Weitermarschieren zum Rathaus durch die Polizei verhindert worden. Das Rathaus selbst und die Umgebung war von Polizei besetzt. Die Vertreter der Erwerbslosen erklärten, daß sie es ablehnten, unter dem Schutze der Polizei mit den Vertretern der NSDAP., SPD. und der Bürgerlichen zu verhandeln. Aus dem gleichen Grunde lehnten die Erwerbslosendelegationen es auch ab, im Gebäude des Bundesausschusses des ADGB. in Verhandlungen einzutreten. Der Bundesausschuß erklärte, an der politischen Belegung seines Gebäudes keine Schuld zu tragen, und vertagte die Verhandlungen auf eine spätere Zeit.

Wahnsinniges Zuchthausurteil gegen württembergische Kommunisten

Riedner verhängt 20 Jahre Zuchthaus.

Leipzig, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Im Prozeß gegen die württembergischen Kommunisten fällte der Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des berüchtigten Riedner folgende wahnsinnige Urteile. **Es wurden verurteilt: Herr** zu 9 Jahren Zuchthaus, 500 Mk. **Geldstrafe, unter Anrechnung von 1 Jahr 3 Monaten Untersuchungshaft; Sprecher** zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, 300 Mk. **Geldstrafe,** unter Anrechnung von 7 Monaten Untersuchungshaft; **Hepperle** zu 3 Jahren Zuchthaus, 200 Mk. Geldstrafe, unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft; **Bühnle** zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 200 Mk. Geldstrafe, unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft; **Schmidt** zu 2 Jahren Zuchthaus, 100 Mk. Geldstrafe, unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft.

Der eine geht ins Zuchthaus

Zuchthaus! Verlust der Ehrenrechte! Nun wohl! Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. Der Anklagevertreter beklagt sich über die Angriffe, die ich gegen ihn gerichtet habe und beruft sich darauf, wie das Volk über mich urteile.

Man vergegenwärtige sich: Der Anklagevertreter schickt mich ehrlos, beantragt sechs Jahre und einige Monate Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Ich gebe ihm einige Worte nur allzuberechtigter Kritik, und er, der mir sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust — eine Kleinigkeit! — zudenkt, gerät aus dem Häuschen! Der Anklagevertreter hat das Volk gegen mich aufgerufen. Er, tun Sie das nicht bloß in Worten, nicht bloß in jahrzehntelang verriegelter Verhandlung, die sich vor dem Volke versteckt. Nehmen Sie dem Volke die Knebel und Handschellen des Belagerungszustandes ab! Rufen Sie das Volk zusammen, hier und wo Sie wollen, und die Soldaten im Felde, wo Sie wollen! Und lassen Sie uns vor die Versammelten treten, vor ihr Gericht — auf der einen Seite Sie alle, der ganze Gerichtshof, der Anklagevertreter und auch die Herren da drüben vom Generalstab, Kriegsministerium und Kriegspresseamt und wen Sie sonst wollen. Auf der anderen Seite ich ganz allein oder einer meiner Freunde. Wo die Masse des Volkes stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs von seinen Augen gerissen wird, ob bei Ihnen oder bei mir — ich zweifle nicht!

Karl Liebknecht in seiner Verteidigungsrede vor dem Kriegsgericht.

Der andere — zu Hindenburg

Es gibt keine sozialistische Verständigung, die diesen furchtbaren Mordkrieg heiligen könnte — ihn endet nur der Sieg der stärkeren Gewalt! Wieder einmal wird zu unserem Schmerz Blut und Eisen den Gang der Geschichte bestimmen. Das ist gewißlich wahr .... Die Internationale ist heute tot und Mars regiert die Stunde. Nicht Vernunft und Gerechtigkeit, sondern nur siegreiche Waffen und politische Klugheit werden uns den Frieden bringen und seinen Inhalt bestimmen. So zerschmetternd müssen die Feinde geschlagen werden, daß ihr Ring zerbricht, die Koalition birst. Die Friedensbedingungen sollen, hier milde, dort hart, die Wiederkehr des Einkreisungsbundes unmöglich machen .... Mehr als diese allgemeinen Bemerkungen kann heute kein Vernünftiger sagen. Mit dem Schimpfwort Annexionist macht man bloß die Pferde scheu. Lebensrettung und Sieg, nicht Eroberung und Annexionen, sind jetzt die Frage. Vergeßt mir Deutsch-Südwestafrika nicht! ... Wir dürfen schonen und verzeihen, dürfen aber auch drohen und schlagen. Es ist nicht sozialistisch, die Franzosen zu warnen, daß der zweite Winterfeldzug sie nicht bloß Menschen kosten könnte .... Wir wollen weiter aus eigenem Recht, nicht von fremder Gnade in Belgiland oder Greyland leben. Dazu helft uns gegen diese Feinde nur einer: Den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust, und greifen uns ein paar Heilige dazwischen, wie furchtbar das Schicksal der französischen Arbeiter ist, so erwidern wir ihnen: die französischen Arbeiter bleiben Männer, auch wenn wir mit ihnen Kugeln wechseln, ihr aber seid — alte Weiber. Wegen daran die einig schwankenden Gestalten plötzlich den Vertrag der Internationale sprechen wollen — ich gehe zu Hindenburg.

Ernst Heilmann (Sozialdemokrat) in seinem vierten Feldpostbrief.

Eine Maschine, die 40000 Eisenbahnarbeiter ersetzt

Es ist eine alte Erscheinung der kapitalistischen Produktionsform, daß sie jede technische Errungenschaft benutzt, um, erfindet sie mit einer Produktionserhöhung, Arbeiter auf's Pflaster zu werfen. Ebenso alt sind die Kämpfe der „Maschinenstürmer", die politisch ungeschulte nur die sie brotlos machende Maschine sahen und gegen diese ankämpften.

Etwas anderes ist es, wie der sozialistisch geschulte Arbeiter an die Frage der Produktionsverbesserung innerhalb des Kapitalismus herangeht. Für ihn ist nicht die Maschine der Feind, sondern deren Beherrscher, der kapitalistische Unternehmer. Der Arbeiter kann sich nicht gegen die technische Verbesserung der Produktion wenden, sondern muß den Kampf um die Beherrschung der gesamten Produktion, und so lange dies noch nicht möglich ist, um die Verbesserung seiner Lebenslage und dagegen kämpfen, daß technische Verbesserungen in seinem Nachteil ausschlagen.

Die Reichsbahndirektion beabsichtigt, eine neue Maschine einzuführen, die das zwischen den Eisenbahnschwellen wuchernde Unkraut entfernt, die Schwellenbettung durchrüttelt und neu glättet. Eine Arbeit, die diese Maschine mit einer Arbeitsleistung von 6 Kilometer pro Stunde vollbringt. Das würde bedeuten, daß eine Maschine die Arbeit von 5000 Streckenarbeitern täglich leistet und somit 8 bis 10 solcher in der Schweiz und auch schon auf den Strecken Augsburg-München ausprobierter Maschinen genügen dürften, das gesamte Personal der deutschen Eisenbahnarbeiter, die diese Arbeit bisher verrichteten, überflüssig macht.

Können nun, da die erste Absicht der Reichsbahndirektion zur Anschaffung dieser Maschine vorliegt — die Arbeiter gegen diese Anschaffung kämpfen? Mit nichten! Aber was sie tun müssen, wenn sie nicht als „überflüssig" aufs Pflaster fliegen wollen, ist, daß sie für die Wiedereinführung des Achtstundentages und damit für Verteilung der Arbeit auf die vorhandenen Kräfte eintreten.

Dieser Kampf um den Achtstundentag ist um so dringender, als er gerade in diesem Falle auf dem Wege zur sozialistischen Planwirtschaft liegt. Während nämlich der kapitalistische Profit jede technische Verbesserung durch Abbau der menschlichen Produktionsmaschinen rentabel macht, wird die sozialistische Produktionsform die Verbesserung der Technik zu einer Erleichterung der physischen Leistung der Arbeiter entwickeln.

Abbau des Personalstandes, ja noch mehr: Wiederbeschäftigung der schon Erwerbslosen muß die Parole der durch kapitalistische Anarchie bedrohten Arbeiter sein.

Der „Rote Helfer" ist erschienen! Die Februarnummer des „Roten Helfer", Organ der Roten Hilfe Deutschlands, ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir besonders hervor: „Die Rote Hilfe, unser Trost und unsere Hoffnung." — „Der Sozialismus in Preußen" — „Unsere Kampagne für die Amnestie" — „Zum Fall Görtner" — „Aus der Praxis der Gefangenenbetreuung" — „Juristen und Klassenjustiz" — „Das Arbeiterkinderheim MOPR." Der „Rote Helfer" bringt als Genossen, die den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen wirksame Hilfe bringen wollen, wertvolle Anregungen, besonders auch in organisatorischer Beziehung. Es ist darum Pflicht aller Genossen und Genossinnen, ihn sofort zu abonnieren. Er ist durch die Post im Vierteljahrsabonnement von 20 Pfg. oder durch die Funktionäre der Roten Hilfe zu beziehen. Dem „Roten Helfer" liegt das reich illustrierte Bulletin der Internationalen Roten Hilfe bei.

Künstlerisches Porzellan in der U. d. SSR. Zu den interessantesten Erzeugnissen moderner Kunstindustrie gehören zweifellos die Schöpfungen des Porzellantrustes im Nowgoroder Gouvernement. Die künstlerische Arbeit des Trustes wird von dem hervorragenden Graphiker und Kenner der Antike Tischchonin geleitet. Die Zeichnungen lehnen sich vielfach an Motive alter russischer Volkskeramiker an. Zu den besten Modellen gehören nach Ansicht der Sachverständigen die Figuren eines Bauernmädchens und eines Bauernburschen, ausgeführt nach dem Entwurf des Malers Kustodiejf, eine Reihe weiblicher Statuetten (von Matweeff), ein „Rotarmist zu Pferde" (von Wladimiroff) und die „Schwanenjungfrau" von Dmitrieff. Sehr wirkungsvoll sind auch die von Tischchonin entworfenen Speise-geschirre und graphischen Verzierungen für Porzellanspeicher. Die Erzeugnisse des Nowgoroder Porzellantrustes haben auf der Pariser Ausstellung für dekorative Kunst allgemeine Beachtung gefunden.